
1968/AB XXII. GP

Eingelangt am 06.09.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Inneres

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Öllinger, Freundinnen und Freunde haben am 9. Juli 2004 unter der Nummer 2055/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „das Kostenrisiko bzw. die Kostenübernahme von Gerichtsverfahren.“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3 und 5:

Grundsätzlich ist das nicht der Fall.

Sollte sich im Zusammenhang mit der Ausübung meines Amtes eine derartige Situation ergeben, wird die Sachlage im Einzelfall zu prüfen sein.

Zu Frage 4:

Es sind keine Fälle im Sinne der Anfrage aufgetreten.

Zu Frage 6:

Die Generalprokuratorur wird nicht informiert.

Wenn eine Klage die Funktion als Organ betreffen sollte, ist die Republik Österreich klagslegitimiert. Hinsichtlich deren grundsätzlichen Vertretung durch die Finanzprokuratorur darf auf das Prokuratorurgesetz hingewiesen werden.

In privaten Angelegenheiten herrscht selbstverständlich freie Anwaltswahl.

Zu Frage 7:

Nach den Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes gilt der Grundsatz der Nichtversicherung.